



CHRISTIAN LANGE

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
VORSITZENDER DER SPD-LANDESGRUPPE
BADEN-WÜRTTEMBERG

Herrn
Martin Koch
Dorfstr. 19

72074 Tübingen

Per E-Mail: info@mkt-geigenbau.net

DEUTSCHER BUNDESTAG
PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN
TEL: 030 / 22777 102
FAX: 030 / 22776 110
EMAIL: christian.lange@bundestag.de
<http://www.lange.spd.de>

BÜRGERBÜRO BACKNANG
AM SCHILLERPLATZ 3
POSTFACH 11 24
71501 BACKNANG
TEL: 07191 / 95 36 46
FAX: 07191 / 97 02 41
EMAIL: christian.lange@wk.bundestag.de

BÜRGERBÜRO SCHWÄBISCH GMÜND
BOCKSGASSE 11
73525 SCHWÄBISCH GMÜND
TEL: 07171 / 3 94 28
FAX: 07171 / 3 78 33
EMAIL: christian.lange@wk2.bundestag.de

Berlin, den 22.09.2009/s

Sehr geehrter Herr Koch,

vielen Dank für Ihre Postkarte zu Initiative „Volksgesetzgebung jetzt“.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits 1993, im Anschluss an die Beratungen der Gemeinsamen Verfassungskommission, einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem ein Volksentscheid auf Bundesebene ermöglicht werden sollte. Im Jahr 2002 hatten wir zusammen mit dem Koalitionspartner erneut einen Gesetzentwurf zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid eingebracht. Da es sich um eine Verfassungsänderung handeln würde, bedürfte es aber einer Mehrheit von zwei Dritteln in Bundestag und Bundesrat, die nicht zustande kommt, solange die CDU/CSU-Fraktion das Vorhaben ablehnt. Im Jahr 2004 haben wir deshalb nochmals versucht, die CDU/CSU-Fraktion umzustimmen, was damals leider nicht gelungen ist. Wir haben das Vorhaben trotzdem weiter verfolgt. Daher stand im Wahlmanifest der SPD zur Bundestagswahl 2005: „Wir brauchen mehr direkte Demokratie und damit den Volksentscheid.“ Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart: „Die Einführung von Elementen der direkten Demokratie werden wir prüfen.“ Mit dem derzeitigen Koalitionspartner sind wir an dieser Stelle leider nicht vorangekommen. Zur Bundestagswahl 2009 haben wir deshalb im Regierungsprogramm ausgeführt: „Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen und dabei die Erfahrungen in den Ländern berücksichtigen.“

Ich setze mich, ebenso wie unser zukünftiger Bundeskanzler Frank-Walter Steinmeier, weiter dafür ein, die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden als sinnvolle Ergänzung der parlamentarischen Demokratie einzuführen. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger auch auf Bundesebene stärker am politischen Entscheidungsprozess beteiligt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Christian Lange